

betreffend tatsächliche Zahlungen der IWB für klimafeindliche Aktivitäten der Gasverbände

Der Regierungsrat hat in seiner Antwort vom 3. November 2020 auf meine Interpellation betreffend „indirekter Finanzierung von Kampagnen gegen kantonale Klimaziele“ angegeben, der VSG-Beitrag der IWB liege in der Höhe, wie sie im zitierten Zeitungsartikel aus der Republik genannt wird. Der Wortlaut im betreffenden Zeitungsartikel («Republik» vom 7.10.2020, <https://www.republik.ch/2020/10/07/das-greenwashing-der-schweizer-gasbranche>) heisst: «Rechnet man diese Zahl [VSG-Mitgliedsbeitrag von Group E Fribourg] gemäss dem Gasabsatz hoch, kommt man für die Versorger aus Basel und Zürich auf gegen eine halbe Million Franken.»

Inzwischen ist mir zu Ohren gekommen, dass die tatsächlichen jährlichen Zahlungen von IWB an den VSG und allenfalls weitere regionale Verbände der Gasbranche (wie VGOZT, GWMB, Gaziers Romands) deutlich höher liegen.

Neben der – prinzipiell zu begrüßenden – Förderung von erneuerbarem Gas finanziert der VSG aus den Mitgliedsbeiträgen von IWB und Co. Image-Kampagnen für die weiterhin fossil dominierte Gasversorgung. Aktuell läuft z. B. eine millionenschwere Kampagne mit Aussagen wie «Erdgas und Biogas sind klimaschonend und verbessern die CO₂-Bilanz. Und somit ist auch alles, was mit Gas produziert wird, klimaschonend.» (sic!) <https://gazenergie.ch/de/energiezukunft/>). Ein relevanter Teil der Mitgliedsbeiträge fliesst zudem in massive Lobbyarbeit für gasfreundliche und klimaschädigende Gesetze (so z. B. gegen die vollständige Übernahme des «Basler Modells» beim Heizungersatz im neuen Zürcher Energiegesetz).

Das Fazit der «Republik» («Das ist öffentliches Geld, das gegen die Ziele dieser Städte eingesetzt wird.») steht weiterhin im Raum, denn diese von IWB mitfinanzierten Aktivitäten des VSG stehen auch dann in einem offensichtlichen Widerspruch zu den klima- und energiepolitischen Zielen des Kantons Basel-Stadt, wenn sie ausschliesslich ausserhalb der Kantons Grenzen stattfinden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Antworten auf die folgenden Fragen:

1. Wie hoch sind die gesamten direkten und indirekten Zahlungen (inklusive aller Beiträge und Beteiligungen), die IWB jährlich im Durchschnitt der letzten drei Jahre an den VSG ausgerichtet hat?
2. Wie hoch sind allenfalls zusätzliche direkte und indirekte Zahlungen an regionale Verbände der Gasbranche (wie VGOZT, GWMB, Gaziers Romands), die IWB jährlich im Durchschnitt der letzten drei Jahre ausgerichtet hat?
3. Wie ist es zu erklären, dass der Regierungsrat in seiner o. g. Stellungnahme vom 3. November 2020 allenfalls davon abweichende Beträge genannt hat?
4. Wofür werden die Zahlungen an die regionalen Verbände eingesetzt? Zu welchem Zweck existieren diese zusätzlichen Strukturen?
5. Ist es nicht im Interesse des Kantons Basel-Stadt, dass auch ausserhalb der Kantons Grenzen wirksame Rahmenbedingungen für Klimaschutz verabschiedet werden und diese nicht durch Kampagnen und Lobby-Aktivitäten torpediert werden – weil die Klimakrise nur durch gemeinsames Handeln verhindert werden kann?
6. Stellt sich vor diesem Hintergrund und der allenfalls höheren jährlichen Zahlungen der IWB an den VSG als ursprünglich kommuniziert nicht erneut die Frage, inwiefern eine Mitgliedschaft der IWB in diesen Strukturen tatsächlich zu rechtfertigen und sinnvoll ist?
7. Wie will der Regierungsrat andernfalls gewährleisten, dass die Zahlungen von IWB ausschliesslich im klimapolitischen Interesse des Kantons Basel-Stadt eingesetzt werden: Einfluss via Verwaltungsrat des VSG? Zweckbindung der Beitragsmittel? Anteilige Kürzung der Zahlungen? Ruhen der Mitgliedschaft, bis der VSG und regionale Gasverbände sich glaubwürdig für eine realistische Gasversorgung im Einklang mit der Klimapolitik des Kantons Basel-Stadt und des Bundesrats einsetzen?

Tonja Zürcher